

Begründung TOP 12 Auswirkung der Krise auf Gewerbesteuereinnahmen

Während sich alle Welt, ob Bankiers oder Regierungen, aber vor allem aber die Arbeiter, Angestellten, Rentner und Arbeitslosen Gedanken und Sorgen machen, wohin die jetzt angebrochene und wohl tiefste Weltwirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus noch führen wird, hat es den Anschein, dass unsere Stadtverwaltung davon keine Notiz nimmt. Natürlich wird noch mehr versucht, zu kürzen und zu sparen, solange es nicht die berühmten Leuchtturmprojekte betrifft. Aber zu der mit Sicherheit dramatischen Entwicklung der städtischen Finanzen in den nächsten Jahren hüllt man sich in Schweigen. Zumindest nach außen hin wird immer noch die Geschichte von der „boomtown Essen“ verkündet.

Aber ich bin sicher, dass es auch nachdenkliche Leute in der Verwaltung gibt, die sehen, dass es damit schnell ein Ende haben wird, und das womöglich mit Schrecken. Deshalb möchten wir Antworten zu den hier angesprochenen Sachverhalten. Die Auswirkungen der Krise werden Daseinsvorsorge und Lebensqualität in Essen tief greifend verändern.

Wenn schon die sog. Wirtschaftsweisen der Regierung vor Prognosen kapitulieren angesichts der rasanten Talfahrt der Wirtschaft, erwarten wir sicherlich keine Prognosen in Euro und Cent von Herrn Hülsmann und seinen Fachleuten. Aber Antworten, mit welchen Größenordnungen die Verwaltung rechnet bei den Auswirkungen vor allem bei den Gewerbesteuereinnahmen. Wir erwarten, dass unterschiedliche Szenarien der Einnahmeentwicklung durchgespielt werden mit den Folgen vor allem für den nicht-pflichtigen Bereich der Ausgaben für Bürgerinnen und Bürger.

Sie erinnern sich, dass mit der vergleichsweise schwächeren Wirtschaftskrise 2000-2003 und den Steuergeschenken der rotgrünen Regierung an die Konzerne die Gewerbesteuer in Essen drastisch eingebrochen ist und sich kaum auf den Stand davor erholt hat. Damals mussten Kommunen den Großbetrieben, die teils ihre Bilanzen nach US-Recht frisieren konnten, sogar Millionen zurückzahlen von den im voraus gezahlten Gewerbesteuerraten. Worauf stellt sich jetzt, bei etwas verändertem Steuerrecht, aber ungleich tieferen Wirtschaftseinbrüchen die Verwaltung ein?

Niemand hegt heute noch Zweifel, dass die Beschäftigung ebenso drastisch einbrechen wird. Insgesamt werden sich dadurch die städtischen Ausgaben im Sozialbereich stark erhöhen, nach denen wir hier nicht im Einzelnen fragen wollen. Aber mit welchen Folgen durch den Abfall vor allem der Einkommensteuer in den nächsten Jahren ist zu rechnen für die Schlüsselzuweisungen des Landes, aber z.B. auch auf die Städtebaufördermittel? Wie wirkt das auf investive Ausgaben? So sind einige längerfristige Investitionsprogramme wie die über 20 Mio bei Sportstätten und die jährlichen über 30 Mio für Schulsanierungen beschlossen. Aber auch Steigerungen im Betriebskostenbereich wie Zollverein oder Folkwang-Museum sind Beschlusslage. All das wird nicht unberührt bleiben vom Rückgang bei den Einnahmen. Dazu erwarten wir und braucht die Politik eine Aussage.

Im Kontext dieser Entwicklung halten wir es für nicht verantwortbar, wieder einen Doppelhaushalt 2010/2011 aufstellen zu wollen. Das muss zu zahllosen Korrekturen oder Nachtragshaushalten führen, denen dann oft die demokratische Legitimierung fehlt.

Man muss kein Prophet sein mit der Feststellung, dass der Eigenkapitalverzehr sich entsprechend beschleunigen wird und die Pleite der Stadt schneller kommen wird als bisher berechnet. Worauf stellt sich die Verwaltung da ein, wie bereitet sie sich und die ganze Stadt darauf vor?

In diesem Sinne bitte ich um Antworten nicht sofort, aber um eine Aussage, wann und wie. Danke.